



Deutscher Mieterbund
Nordrhein-Westfalen e.V.



Pressemitteilung

20.04.2010

DGB NRW und DMB NRW fordern größere Anstrengungen in der Wohnungspolitik

Anlässlich einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der Landtagsfraktionen zu den Perspektiven der Wohnungspolitik in NRW in Düsseldorf fordern der Deutsche Mieterbund NRW und der Deutsche Gewerkschaftsbund NRW für die kommende Legislaturperiode größere Anstrengungen in der Wohnungspolitik als bisher.

Die wichtigsten Forderungen der beiden Verbände an die Politiker lauten:

- verbindliche Festschreibung einer Mindestfördersumme für den sozialen Wohnungsbau in Höhe von 1 Mrd. Euro
- Verschiebung des Schwerpunktes der Förderung weg von Eigenheimen und hin zum Mietwohnungsbau
- Einführung eines zusätzlichen Förderprogramms für Bestandsinvestitionen in Höhe von 500 Mio. Euro zum energetischen und altersgerechten Umbau
- Reduzierung der Mietenhöhe für neu gebaute Sozialwohnungen
- Wiedereinführung wichtiger landesrechtlicher Mieterschutzvorschriften zum Verbot der Zweckentfremdung und zur Verlängerung der Kündigungsfristen bei Umwandlung in Wohnungseigentum
- Schärfere Regelungen und finanzielle Unterstützung für den Eingriff der Kommunen bei vernachlässigten Wohnbeständen der „Heuschrecken“

Dazu erklärt Dr. Sabine Graf, stellvertretende Vorsitzende des DGB NRW: „Wir brauchen eine große Zahl an öffentlich geförderten Wohnungen, um die Miethöhen stabil zu halten. Haushalte von Geringverdienern müssen bereits 50 % ihres Einkommens für die Wohnkosten ausgeben. Dabei muss der Schwerpunkt im Mietwohnungsbau liegen, weil bereits heute die Hälfte aller Beschäftigungsverhältnisse befristet sind und daher die Flexibilität eines kündbaren Mietverhältnisses gegenüber einem Eigenheim erfordern.“

Bernhard von Grünberg, Vorsitzender des DMB NRW ergänzt: „Nach dem unverantwortlichen Verkauf Hunderttausender von Wohnungen im Land an internationale Finanzspekulantinnen in den letzten Jahren brauchen wir zukünftig mehr Nachhaltigkeit im Bereich der Wohnungspolitik. Das erfordert eine Stärkung der Kommunen durch Förderung von Quartierskonzepten und mehr statt weniger Engagement der öffentlichen Hand auch im Wohnungsbau.“